

Sandra Seubert (Potsdam)

## Kollektives Handeln oder Kritik der Macht? Eine demokratietheoretische Analyse des Konzepts des Sozialkapitals

*Das Konzept des Sozialkapitals ist in jüngster Zeit vor allem in Zusammenhang mit der Frage nach den Grundlagen einer lebendigen Bürgergesellschaft in der Diskussion. Es wird demokratietheoretisch überwiegend positiv konnotiert und auf das Vermögen zur gesellschaftlichen Selbstorganisation bezogen. Probleme einer ungleichen Verteilung von Sozialkapital in der Bürgergesellschaft wurden bislang eher vernachlässigt, ebenso wie die Frage, ob Sozialkapital jederzeit ein öffentliches Gut darstellt. Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die Potentiale und Grenzen des Konzepts des Sozialkapitals für eine demokratietheoretische Analyse neu zu bewerten. Hierfür wird ein Vorschlag zum Verständnis von Sozialkapital gemacht, der die machtkritische Perspektive (in der Tradition von Bourdieu) mit der integrationstheoretischen Perspektive (in der Tradition von Putnam) verbindet. Neben verschiedenen Formen von Sozialkapital werden verschiedene Ebenen differenziert, auf denen Sozialkapital wirken kann. Dies erlaubt, Wechselwirkungen und Dynamiken zwischen Sozialkapital als individuellem Gut, als Gruppengut und als gesamtgesellschaftlichem Gut ins Auge zu fassen und zu untersuchen, welche Faktoren Inklusions- bzw. Exklusionseffekte auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene hervorbringen.*

*Keywords:* Sozialkapital, Demokratietheorie, Bourdieu, Putnam  
social capital, theory of democracy, Bourdieu, Putnam

### 1. Einleitung

Sozialkapital steht seit geraumer Zeit im Zentrum der Debatte um Perspektiven demokratischer Reform und gesellschaftlicher Integration. Es ist vor allem im Zusammenhang mit der Frage relevant geworden, was die Grundlagen einer lebendigen Bürgergesellschaft ausmacht und welche politisch-kulturellen Bedingungen die Verantwortungsübernahme und Aktivierung der BürgerInnen erleichtern. Angesichts der vielfach diagnostizierten Reformschwierigkeiten auf institutioneller Ebene stehen „bottom-up“-Perspektiven hoch im Kurs: Wenn sich Reformprozesse schon nicht von oben – *durch* den Staat – voranbringen lassen, so womöglich doch von unten – *im* Staat oder *jenseits* des Staates. Der Begriff des Sozialkapitals, der vorwiegend im Anschluss an die Analysen des amerikanischen Politikwissenschaftlers Robert Putnam gebraucht wird, ist demokratietheoretisch im Wesentlichen positiv konnotiert: Durch Sozialkapital werden Gewohnheiten sozialer Kooperation eingeübt und praktiziert sowie das Vermögen zur gesellschaftlichen Selbstorganisation gestärkt. Nicht nur die Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ spricht in ihrem Bericht von den Bürgertugenden einer lebendigen Demokratie, die durch Sozialkapital geschaffen werden (vgl. Deutscher Bundestag 2002, 34). Auch der kürzlich veröffentlichte zweite „Freiwilligensurvey“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend schließt von einem hohen Anteil freiwilligen Engagements

auf ein hohes Maß an Sozialkapital in der Gesellschaft.<sup>1</sup> Diesem wird ein integrierender Charakter und die Förderung „demokratischer Kompetenz“ zugeschrieben. Sofern es von breiten Mittelschichten getragen werde, wohne ihm die Möglichkeit der Überwindung sozialer Exklusion (besonders durch Arbeitslosigkeit) inne.

Die theoretische Auseinandersetzung um Putnams Konzept des Sozialkapitals hat sich in den vergangenen Jahren vorwiegend auf zwei Probleme konzentriert: zum einen auf die Frage, inwiefern Sozialkapital tatsächlich als ein öffentliches Gut in dem Sinne verstanden werden kann, dass demokratische Gesellschaften als Ganze von seiner Existenz profitieren. Putnams These ist, dass Sozialkapital zwar in begrenzten sozialen Netzwerken gebildet wird, aber gleichwohl „Externalitäten“ hervorbringt, die sich positiv für die Gesellschaft als Ganze auswirken. Neben einer organisatorischen Dimension (Entlastung des Staates durch Selbsttätigkeit der Bürgergesellschaft) haben diese vor allem eine kulturelle Dimension: die Herausbildung von Normen generalisierter Reziprozität und generalisiertes Vertrauen. Daran schließt sich das zweite Problem an, nämlich die Frage, ob sich die Generalisierung von intern gebildeten Normen überhaupt auf dem Weg vollzieht, den Putnam ins Auge fasst, und wie sie sich, wenn das nicht der Fall ist, plausiblerweise anders erklären lässt. Hier trennen sich assoziations- und institutionentheoretische Erklärungsansätze: Während Erstere, wie Putnam selbst, die Genese generalisierten Vertrauens in erster Linie aus der Interaktion in zivilgesellschaftlichen Assoziationen ableiten, gehen institutionentheoretische Ansätze von der These aus, dass generalisiertes Vertrauen das Ergebnis von Erfahrungen mit Institutionen ist, die bestimmte strukturelle Merkmale enthalten.<sup>2</sup>

Wenn Sozialkapital kein oder zumindest nicht notwendigerweise ein öffentliches Gut darstellt, ergibt sich die Möglichkeit, dass negative „Externalitäten“ für die Demokratie erzeugt werden: Abschottung sozialer Gruppen, Ethnozentrismus, Intoleranz, wenn nicht sogar Korruption.<sup>3</sup> Sozialkapital kann den Charakter eines „Clubgutes“ annehmen, das bestimmten Individuen bzw. Gruppen Vorteile bringt und in Abhängigkeit steht zu anderen materiellen und kulturellen Ressourcen. All das verweist darauf, dass Sozialkapital auch als Medium der Exklusion und nicht nur der Inklusion wirken könnte.

Die Frage, ob die Bildung von Sozialkapital nicht auch und vor allem ein Medium sozialer Abgrenzung ist, bringt die Problemstellung an eine andere Theorietradition heran, in der der Begriff des Sozialkapitals ebenfalls eingeführt ist: an die Sozialtheorie Pierre Bourdieus. Bei Bourdieu steht der Begriff des Sozialkapitals in Zusammenhang mit der Reproduktion sozialer Ungleichheit. Bourdieus Verständnis von Sozialkapital ist allerdings bisher in der Theorie der Zivilgesellschaft so gut wie nicht rezipiert und zu Putnams Zugang kaum systematisch in Beziehung gesetzt worden.<sup>4</sup>

Für die Forschung ergibt sich angesichts einer sowohl in der praktisch-politischen als auch in der theoretischen Auseinandersetzung ausufernden und häufig diffusen Verwendung des Begriffs des Sozialkapitals für alle möglichen Formen der horizontalen Kooperation, des sozialen Zusammenhalts und der Solidaritätsproduktion immer dringlicher die Frage, wie mit ihm umzugehen ist, ob er als theoretischer Begriff präzise und für die empirische Anwendung tauglich ist. Im Folgenden soll der Versuch unternommen werden, die Potentiale und Grenzen des Konzepts des Sozialkapitals für eine demokratietheoretische Analyse neu zu bewerten. Dabei ist die Frage leitend, welche Bedeutung Sozialkapital für die Genese und Reproduktion der kulturellen Grundlagen der Demokratie hat. Unter der Voraussetzung, dass der Wert der Demokratie trotz funktionaler Zwänge inhärent auf die gleichberechtigte Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten bezogen ist, müssen Prozesse der Sozialkapital-Bildung daraufhin bewertet werden, ob sie eine solche befördern oder behindern. In anderen Worten: Inwieweit bedarf die integrationsthe-

oretische Perspektive Putnams einer machtanalytischen Ergänzung, weil Sozialkapital in seiner Entstehung und Wirkung aufs Engste mit materiellen und symbolischen Gütern verknüpft ist und auch im Kampf von Individuen und Gruppen um gesellschaftliche Positionierung genutzt wird? In begriffsanalytischer Hinsicht wird bei dieser Untersuchung auch zu klären sein, ob es eine Schnittmenge der beiden unterschiedlichen Zugänge von Putnam und Bourdieu gibt, so dass von einem gemeinsamen sachlichen Gehalt des Begriffs ausgegangen werden kann. Dieser müsste auch als Grundlage für eine die beiden theoretischen Perspektiven übergreifende Theorie des Sozialkapitals dienen können.

In einem ersten Schritt soll betrachtet werden, welche Bedeutung der Diskurs um soziales Kapital im Rahmen der allgemeineren Frage nach den Möglichkeiten sozialer und politischer Integration in modernen Gesellschaften hat (Abschnitt 2). Sodann werden die Charakteristika des Zugangs von Putnam und seine theoretischen Schwierigkeiten herausgearbeitet (Abschnitt 3). Dabei wird vor allem die Tendenz zur demokratietheoretischen Überdehnung der positiven Effekte des Sozialkapitals kritisch beleuchtet, die bei Putnam angelegt ist, aber die gegenwärtige Bürgergesellschaftsdiskussion generell durchzieht. Insbesondere die These des Zusammenhangs von sozialer Vernetzung und demokratieförderlicher Normenbildung sowie die These vom Sozialkapital als einem öffentlichen Gut werden unter die Lupe genommen. Dieser Zugang wird sodann mit Bourdieus Verständnis von Sozialkapital kontrastiert (Abschnitt 4). Während Putnam von einer sozialstrukturellen Machtanalyse zunächst abstrahiert, nimmt dieses Konzept eine solche gerade zum Ausgangspunkt, um die Reproduktion sozialer Ungleichheit zu erklären. Den analytischen Kern bildet bei Bourdieu die Generierung eines exklusiv wirkenden Gruppenbezugs, der strategische Stellungsgewinne im Kampf um gesellschaftliche Positionierung verspricht. Aus dieser Perspektive ist Sozialkapital eher ein öffentliches Übel als ein öffentliches Gut und die Enttarnung solcher Erhaltungsstrategien der Macht wäre als Ziel politischen Handelns zu begreifen. Allerdings nimmt Bourdieu keine Differenzierung von Sozialkapital mit zivilen und unzivilen Effekten vor. Daher ist sein Ansatz nur begrenzt anschlussfähig an einen Diskurs der Zivilgesellschaft, der die Kräfte der Selbstorganisation der Gesellschaft aus funktionalen wie aus normativen Gründen zu stärken versucht.

Um eine solche Vermittlung zu bewerkstelligen, wird abschließend ein Vorschlag zum Verständnis von Sozialkapital gemacht, der es ermöglicht, das Konzept sowohl für die machtkritische Perspektive Bourdieus als auch für die integrationstheoretische Perspektive Putnams offen zu halten (Abschnitt 5). Dies kann dann gelingen, wenn neben unterschiedlichen Formen von Sozialkapital auch noch verschiedene Ebenen differenziert werden, auf denen Sozialkapital wirken kann. Eine solche Differenzierung erlaubt Wechselwirkungen und Dynamiken zwischen Sozialkapital als individuellem Gut, als Gruppengut und als gesamtgesellschaftlichem Gut ins Auge zu fassen und kann dazu beitragen, die Sozialkapital-Forschung unter dem Gesichtspunkt voranzutreiben, welche Faktoren Inklusions- bzw. Exklusionseffekte auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene behindern oder befördern.

## **2. Sozialkapital und gesellschaftliche Solidarität**

In zeitdiagnostischen Analysen der Gegenwartsgesellschaft scheinen Begriffe wie Spaltung, Ausschluss, Prekarität vor allem eines anzuzeigen: die soziale und politische Integration befindet sich in der Krise.<sup>5</sup> Die Versprechen auf Chancengleichheit, materiellen Wohlstand und gesellschaftliche wie politische Teilhabe, die die Nachkriegsgesellschaften prägten, haben sich ver-

flüchtig. Die „große Erzählung“ von der gerechten Gesellschaft sei zu Ende. Diese Diagnosen stehen in Kontrast zur Euphorie, die der Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der politischen Rhetorik entgegengebracht wird, um neue Integrationspotentiale zu erschließen und überkommene Vorstellungen von Staatlichkeit zu erneuern. Vor dem Hintergrund der sozialkritischen Diagnosen erscheint die Bürgergesellschaft freilich zunehmend in einem anderen Licht: Was, wenn die Bürgergesellschaft nur die Integration und die Aktivität derjenigen fördert, die ohnehin in ökonomischer und kultureller Hinsicht privilegiert sind? Was, wenn Sozialkapital unter Bedingungen sozialer Spaltung vor allem ungleichheitsverschärfend und damit desintegrierend wirkt? Kritische Bestandsaufnahmen des „Diskurses der Bürgergesellschaft“<sup>6</sup> gehen tendenziell auch mit einem Schwenk in der Debatte um soziales Kapital einher. Der Blick richtet sich nun häufiger auf die innergesellschaftliche Verteilung von Sozialkapital. In diesem Zusammenhang wird auf die Bedeutung sozialer Klassen oder ethnischer Gruppen hingewiesen sowie auf die ungleiche Verteilung ökonomischer und kultureller Ressourcen. Zunehmend wird die Notwendigkeit betont, die Sozialkapitalforschung stärker an soziologische und ökonomische Analysen sozialer Exklusion, von Armut und von Ungleichheit heranzuführen.<sup>7</sup>

Die Debatte um die Integrations- und Desintegrationsfunktionen von Sozialkapital ist insofern freilich nicht völlig neu, als sie auch die Diskussionen um die Putnam'sche Konzeptionalisierung seit ihren Anfängen begleitet (siehe oben). Putnam hat auf Kritiken an seiner Akzentuierung der sozialintegrativen Funktion von Sozialkapital unter anderem mit der Differenzierung von zusammenschmiedenden („*bonding*“) und überbrückenden („*bridging*“) Formen reagiert, auf die noch zurückzukommen sein wird. Seine assoziations-theoretische Perspektive wird jedoch nach wie vor dafür kritisiert, die Verbindung sozialer und politischer Integration weitgehend im Dunkeln zu lassen. Die *politische* Integrationsfunktion der Zivilgesellschaft nämlich könne nur in Zusammenhang mit den institutionellen Rahmungen des politischen Prozesses sichtbar gemacht werden (vgl. etwa Cohen 2003). Die Attraktivität des Sozialkapitaldiskurses scheint allerdings gerade damit zusammenzuhängen, dass hier gesellschaftliche Integration jenseits des Staates ins Auge gefasst wird: Es geht um ein Generieren von Reziprozitäts- und Vertrauensnormen, die Handlungskoordination erleichtern, aber gerade nicht von formell-rechtlichen Sanktionsmechanismen abhängen (Adloff/Mau 2005, 10). Vor diesem Hintergrund tritt die Frage freilich umso drängender hervor, was Mechanismen der Generalisierung der durch soziale Kooperation gewonnenen Reziprozitäts- und Vertrauensnormen sein können. In anderen Worten: Welche Mechanismen können jenseits institutionell vermittelter politischer Integration noch greifen? Kann Sozialkapital unter Bedingungen einer sich auflösenden „nationalen Konstellation“ noch ohne Weiteres als eine Ressource betrachtet werden, die zu einem bürgerschaftlich-republikanischen Ethos beiträgt? Überwiegen die Chancen oder die Gefahren, wenn man sich auf das in der Zivilgesellschaft gebildete Sozialkapital als Ressource gesellschaftlicher Selbstorganisation verlässt?

Dazu, inwieweit sich Putnams assoziationsorientierte Perspektive als bewusste theoretische Positionierung im Diskurs um die Solidaritätspotentiale moderner Gesellschaften begreifen lässt, gibt es unterschiedliche Einschätzungen.<sup>8</sup> Mit der These der demokratietheoretischen Bedeutung zivilgesellschaftlicher Assoziationen knüpft Putnam an ein verbreitetes Paradigma an, das einer von Alexis de Tocqueville gelegten Weichenstellung in der Charakterisierung der Zivilgesellschaft folgt.<sup>9</sup> Tocquevilles Argumentation nach erfüllen Assoziationen eine vermittelnde Rolle zwischen Staat und Gesellschaft. Sie integrieren und produzieren Bindungen mit horizontalem Charakter, wo vorher hierarchische Strukturen herrschten. Die Basis dafür bildet eine im Vergleich mit dem alten Europa neue Dimension politischer und sozialer Gleichheit, die sich in relativ geringen

Statusunterschieden und einer Kooperationsbereitschaft über Klassenschranken hinweg äußert. Kritiker warnen indes, dass das „Tocqueville’sche Paradigma“, sofern es von einer in Amerika immer schon bestehenden politischen und sozialen Gleichheit ausgeht, zur bloßen Ideologie werden könnte.<sup>10</sup>

Die Frage nach den Solidaritätspotentialen moderner Gesellschaften ist in jüngerer Zeit bekanntlich wieder im Zuge der so genannten „Kommunitarismus-Debatte“ lebhaft diskutiert worden. Oft gehen in der kommunitaristischen Kritik am politischen Liberalismus kulturkonservative und demokratisch-partizipatorische Momente ein schwer zu trennendes Amalgam ein. Kommunitaristische Motive der kulturkritischen Art finden sich bei Putnam in Form von Kritik an einem angeblich ausufernden liberalen Individualismus, der subjektive Rechte betont, aber bürgerliche Pflichten vernachlässigt, ebenso wie die Annahme, dass Integration nicht allein über rechtlich verfasste Institutionen, sondern über konkrete lokale Gemeinschaften geschaffen wird. Putnam diagnostiziert für die USA einen Rückgang des Sozialkapitals, und die Ursachen für diesen Erosionsprozess werden in Entwicklungen der modernen Lebensweise gesehen: wachsende Mobilität, die die Kontinuität sozialer Beziehungen beeinträchtigt; Zeitdruck, den die moderne Berufswelt und „*dual-career-families*“ fordern; ausufernder Fernsehkonsum; eine Lockerung der familiären Bande und der Zusammenbruch traditioneller Familienstrukturen. Putnam betrachtet die sozialen Herausforderungen freilich vor dem Hintergrund anderer Krisenmomente der amerikanischen Geschichte und dabei wird deutlich, dass er Vereinsgründung – ganz im Tocqueville’schen Sinne – als *die* amerikanische Antwort auf das Solidaritätsproblem moderner Gesellschaften interpretiert (Putnam 2000, 368ff.).

Putnams kritische Perspektive auf Individualismus und Verrechtlichung ist im Zusammenhang mit aktuellen Diskussionen um die Organisation von Wohlfahrtsstaatlichkeit nicht ohne Konsequenz. In modernen Gesellschaften wird Solidarität nicht mehr nach dem Modell „horizontaler Brüderlichkeit“ organisiert, sondern (vertikal) institutionalisiert in Form sozialer Rechte.<sup>11</sup> Soziale Rechte sind Ansprüche an den Staat, die sich als Erweiterung persönlicher Freiheit und individueller Handlungsspielräume interpretieren lassen, aber auch als Unterminierung konkreter Solidarität im Sinne wechselseitiger Verbundenheit. Insofern die Krise des Wohlfahrtsstaats nun als Krise der rechtlich-bürokratischen Umsetzung von Solidarität interpretiert wird, die eine klientelistische Vorsorgung an die Stelle konkreter Hilfsbereitschaft und Verantwortung gesetzt habe, bietet sich die Theorie des Sozialkapitals an, um die lebensweltliche Lücke der Sozialintegration zu schließen.<sup>12</sup> Kritiker einer solchen Perspektive warnen hingegen, dass in einer Situation, in der der Wohlfahrtsstaat in eine Krise gekommen ist, eine Variante des Zivilgesellschaftsdiskurses an Popularität gewinne, die die Existenz freiwilliger Vereinigungen als Kräfte gesellschaftlicher Selbstorganisation beschwöre, in einer Ausweitung von Verrechtlichung die Quelle des Übels sehe und gegen „*big government*“ ins Feld ziehe. Putnams Analysen, so die Kritik, seien anschlussfähig an eine „*rhetoric of decline*“, die für die gegenwärtigen Herausforderungen der Demokratie vor allem rückwärtsgewandte Antworten suche. Eine Bewältigung der Probleme werde im Wesentlichen durch eine Wiederbelebung lokaler Gemeinschaften und die Stärkung traditioneller Familienleitbilder erhofft, bei weitgehender Deregulierung im wirtschaftlichen Bereich und einem Rückzug des Staates (vgl. Cohen 1999, 211). Eine systematische Betrachtung der Sphäre des Rechts zur Ermöglichung individueller und politischer Autonomie und Fragen sozialer Gerechtigkeit blieben so ebenso unterbeleuchtet wie neue Formen zivilen Engagements, die sich jenseits der traditionellen Vereinigungen vollziehen. Dies, so der Vorwurf, bringe die Demokratie nicht „zum Laufen“, sondern unterminiere sie.

### 3. Sozialkapital als Integrationstheorie: Robert Putnam

#### 3.1 Die These vom Zusammenhang sozialer Vernetzung und demokratieförderlicher Normbildung

Putnam gilt das in der Zivilgesellschaft gebildete Sozialkapital als Schlüsselvariable für die theoretische Erklärung der Ursachen von guter Regierung, ökonomischem Erfolg und demokratischer politischer Kultur.<sup>13</sup> An seinem Konzept fällt zunächst ins Auge, dass verschiedene Elemente in einer Definition zusammengefasst werden, von denen nicht ohne Weiteres klar ist, wie sie analytisch zusammenhängen. Sozialkapital, so heißt es, sei ein Merkmal sozialer Kooperation. Es äußere sich in Form von Netzwerken zivilen Engagements, Normen der Reziprozität und Vertrauen (vgl. Putnam 1993, 171). Soziale Netzwerke beziehen sich auf eine *strukturelle* Dimension, die Existenz von sozialen Beziehungen mit unterschiedlicher Ausdehnung und Dichte. Neben dem Ausweis der strukturellen Existenz von Netzwerken geht es Putnam aber zugleich um eine *kulturelle* Dimension, nämlich die Generierung von sozialen Normen, vor allem Normen der Reziprozität, die zur Herausbildung von internen Vertrauensbeziehungen und sodann auch zu generalisiertem Vertrauen beitragen sollen. Beide Dimensionen verbindet Putnam in seiner Definition bereits, obwohl es doch eine theoretisch wie empirisch offene Frage scheint, ob sie und wie sie tatsächlich zusammenhängen.<sup>14</sup> Mit Blick auf Putnams Erhebungen schlägt sich das Problem insofern nieder, als nicht von vornherein einsichtig ist, warum von einer quantitativen Bestimmung auf der strukturellen Ebene auf eine qualitative Bestimmung auf der kulturellen Ebene geschlossen werden kann. Auf die Existenz „ziviler“ Normen der Reziprozität und des Vertrauens wird lediglich anhand der Ergebnisse (erfolgreichere Regierung in Regionen mit hoher Dichte von lokalen Vereinigungen) geschlossen.<sup>15</sup> Auf diese Weise wird für eine *empirische* Korrelation eine *kausale* Erklärung nahegelegt, deren Plausibilität umstritten ist.

Nun ist diese Erklärung nicht aus der Luft gegriffen, sondern kann sich auf Erkenntnisse aus Theorien kollektiven Handelns beziehen. Soziale Kooperation gelingt, weil und insofern durch die Praxis gemeinsamen Handelns soziale Normen ausgebildet werden. Aber wie anspruchsvoll ist das Verständnis sozialer Normen, das für das Gedeihen der *Demokratie* vorausgesetzt werden muss? Putnam geht einerseits über ein funktionalistisches Verständnis hinaus, wenn er konstatiert: „civic community [...] is bound together by horizontal relations of reciprocity and cooperation, not by vertical relations of authority and dependency. Citizens interact as equals, not as patrons and clients nor as governors and petitioners“ (1993, 88). Das Gelingen sozialer Kooperation ist zwar das entscheidende (formale) Merkmal ziviler Gemeinschaft, aber das Gelingen von *Zivilität* als kultureller Größe scheint zugleich mit einem höheren normativen Anspruch verbunden zu sein: Sie ist abhängig von horizontalen Beziehungen der Reziprozität und einer Interaktion „als Gleiche“. Putnams Verständnis von Reziprozität bewegt sich andererseits jedoch in dem normativ anspruchsloseren Rahmen des in Theorien kollektiven Handelns Üblichen: Normen der Reziprozität halten uns an, Gefallen, die uns andere erweisen, zu erwidern („*tit for tat*“).<sup>16</sup> Es sind so gesehen bedingte Normen, die geeignet sind, Kooperation zu fördern, wenn einmal Kooperation begonnen wurde. Für Putnam bilden Normen der Reziprozität (und Vertrauen, das aus dem Erfüllen von Normen der Reziprozität erwächst) ein wesentliches Element der durch Sozialkapital produzierten moralischen Ressourcen. Gleichwohl ist fraglich, ob es ihm gelingt, den Begriff der Reziprozität so anzureichern, dass er seine demokratietheoretische These auf der kulturellen Ebene zu tragen vermöchte.

Putnam vertritt – und das ist das Entscheidende – die These, dass die Kooperation innerhalb freiwilliger Vereinigungen *externe* Effekte auf der strukturellen ebenso wie auf der kulturellen Ebene erzeugt. Nur wenn dies der Fall ist, kann nämlich die Gesellschaft als Ganze von dem Sozialkapital profitieren, das innerhalb begrenzter Bezugsgruppen generiert wird. Auf der strukturellen Ebene bestehen die externen Effekte darin, dass eine zivile Infrastruktur die Formulierung und Umsetzung von Politiken erleichtert, auf der kulturellen Ebene zeigen sie sich in Form eines sozial generalisierten Vertrauens und in Normen generalisierter Reziprozität. Die zentrale Frage, die sich an diese These anschließt, ist, ob und wie sich Reziprozität, die sich im Inneren einer Gruppe bildet, als generalisierte Reziprozität auch über diese hinaus erweitert. Eine sozial exklusive Reziprozität mag zur gelungenen Kooperation der „Eingeschlossenen“ beitragen, als Norm, die die Demokratie „zum Laufen“ bringen soll, aber wäre sie allein noch nicht überzeugend. Generalisierte Reziprozität hat in diesem erweiterten Zusammenhang freilich nicht mehr einfach nur den Charakter einer sozialen Norm im Sinne der strategischen Kalkülrationalität eines „*tit for tat*“, sondern den anspruchsvolleren Sinn einer moralischen Norm, die auf die rechtlich vermittelten Beziehungen zwischen BürgerInnen im demokratischen Rechtsstaat Bezug nehmen muss: eine wechselseitige Anerkennung als gleiche BürgerInnen.<sup>17</sup> Ohne einen solchen Bezug sind die horizontalen Beziehungen, die ja laut Putnam die Gesamtgesellschaft durchziehen sollen und nicht bloß eine begrenzte Gruppe, kaum gehaltvoll zu beschreiben. An die Forderung, Reziprozität mit Blick auf die Beziehung zwischen BürgerInnen im demokratischen Rechtsstaat zu bestimmen, schließt sich freilich die weitreichende Frage an, welche gesellschaftlichen Bedingungen gegeben sein müssen, damit BürgerInnen „von gleich zu gleich“ verkehren können – als Voraussetzung dafür, dass sie das auch im gesellschaftlichen Feld freiwilliger Assoziationen können. Darüber ist durch das Sozialkapital-Konzept für sich genommen noch nichts ausgesagt. Damit aber bleibt offen, worauf sich die eingängige demokratietheoretische These eines Zusammenhangs von sozialer Vernetzung und (demokratieförderlicher) Normerzeugung letztlich stützen kann.

### 3.2 Die These von Sozialkapital als öffentliches Gut

Die Frage, ob Putnams Konzept des Sozialkapitals die demokratietheoretischen Folgerungen tragen kann, lässt sich noch einmal vertiefen, wenn man die Charakterisierung von Sozialkapital als öffentliches Gut betrachtet. Denn auch dies unterscheidet die Putnam'sche Konzeptualisierung von konkurrierenden Ansätzen. Kennzeichen eines öffentlichen Gutes ist es, dass die Früchte der Kooperation von allen genossen werden können, ohne dass sich alle gleichermaßen an der Produktion beteiligen müssen. Die Früchte der Kooperation sind in diesem Fall gute Regierung, wirtschaftlicher Erfolg und eine demokratische politische Kultur.<sup>18</sup> Was Letztere betrifft, ist es nicht möglich, jemanden vom „Genuss“ des Vertrauens und der Normen der Reziprozität auszuschließen. Denn wenn Sozialkapital Teil der Sozialstruktur ist, so beeinflusst dies das Leben aller. Die Existenz von Sozialkapital, so die Vorstellung von Putnam, ist eine wesentliche Voraussetzung für kooperatives Verhalten im Allgemeinen und erhöht die Bereitschaft der BürgerInnen sich auf zivile Unternehmungen einzulassen. Dies wiederum ist vorteilhaft für staatliches Handeln, weil eine wohl organisierte bürgerschaftliche Infrastruktur politische Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse erleichtert.

Bereits bei Putnam (bzw. bei James Coleman, auf den er sich in dieser Hinsicht bezieht) wird allerdings deutlich, dass Sozialkapital sowohl eine individuelle als auch eine kollektive

Dimension hat und dass Sozialkapital insofern stets auch noch etwas anderes ist als ein *öffentliches* Gut. In seiner individuellen Dimension bezieht sich Sozialkapital auf den durchaus teilbaren Nutzen, den eine Person aus einem Beziehungsnetzwerk ziehen kann. In dieser Hinsicht kann die einzelne Person etwa von Sozialkapital profitieren, insofern sie Informationen gewinnt, die sie z.B. für das berufliche Fortkommen nutzen kann (vgl. Putnam 2000, 22f.). Sozialkapital kann strategisch mit Blick auf die Realisierung bestimmter individueller Ziele angesammelt werden. Es besteht im Schaffen von Erwartung und Verpflichtung und damit dem, was aus der Perspektive von *Rational Choice* eine Vertrauensbeziehung darstellt. Man gewährt eine Vorleistung und schafft durch die Erwartung von Gegenleistung für eine/n andere/n eine Verpflichtung. Es ist rational, absichtlich Verpflichtungen zu schaffen, besonders dann, wenn ein Gefallen wenig kostet und der Gegengefallen mehr Gewinn verspricht, als zuerst investiert wurde. Eine solche Ansammlung von Verpflichtungen kommt einer „Versicherungspolice“ gleich. Eine Person ist folglich desto reicher an Sozialkapital, über je mehr „Gutschriften“ in Form von einzulösenden Verpflichtungen sie verfügt.<sup>19</sup> Aus dieser Perspektive ist Sozialkapital ein Gut, das Individuen zukommt und das Individuen voneinander unterscheidet.

Andererseits ist Sozialkapital jedoch vom Aufrechterhalten eines „*give and take*“ abhängig und kann deshalb nicht als „Privateigentum“ betrachtet werden. Als Privatgut im Sinne der obigen Theoriesprache, als ein Gut also, das teilbar und ausschließbar ist, kann Sozialkapital insofern nicht charakterisiert werden, als man es nicht in diesem Sinne „hat“ und verbrauchen kann. Vielmehr wohnt es sozialen Beziehungen inne: Es existiert nur weil und insofern die AkteurInnen in ein Netz von Beziehungen eingebunden sind und bleiben. Verlassen sie das Beziehungsnetzwerk, verlieren sie auch das Sozialkapital.<sup>20</sup> Der Übergang zu einer kollektiven Perspektive auf Sozialkapital findet sich nun an dem Punkt, an dem darauf hingewiesen wird, dass das Vorhandensein von Sozialkapital innerhalb einer Gruppe, abgesehen von dem Vorteil, den es Einzelnen gewährt, auch zugleich den „Gesamtnutzen“ aller Beteiligten steigert. Denn die Ressourcen, die in Folge des „*give and take*“ von „Gutschriften“ durch die AkteurInnen innerhalb dieser Gruppe genutzt werden können, vervielfachen sich. Die Gruppenmitglieder gewinnen dadurch ein „Gesamtkapital“, das ihnen allen gemeinsam aufgrund der gebildeten Vertrauensbeziehungen Sicherheit und im weiten Sinne des Wortes „Kreditwürdigkeit“ verleiht. Sozialkapital wird so gesehen zum kollektiven Gut einer Gruppe – ohne deshalb notwendigerweise auch schon ein öffentliches Gut (in dem normativ stärkeren Sinn von gemeinwohlverträglich) zu sein.<sup>21</sup> Es kann nur kultiviert werden, wenn eine gewisse soziale Kontinuität im Sinne von Geschlossenheit besteht. In völlig offenen Sozialstrukturen kann es sich nicht bilden und erhalten. Die Kontextgebundenheit und notwendige Exklusivität (sowie die Intentionalität der strategischen Ziele, die „eigentlich“ verfolgt werden), wird freilich durch die Implikation eher aus dem Blick gerückt, dass wir mit Sozialkapital (sofern es vorhanden ist) eine Ressource haben, von der als öffentliches Gut alle gleichermaßen profitieren.

## 4. Sozialkapital als Machtkritik: Bourdieu

### 4.1 Sozialkapital und Kampf um Distinktion

Putnam thematisiert die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Assoziationen in der Tradition von Tocqueville: Zivilgesellschaftliche Assoziationen stärken, so die in der Bürgergesellschaftsdiskussion in den USA ebenso wie hierzulande verbreitete These, die liberale Demokratie, weil sie

eine vermittelnde Stellung zwischen dem/der Einzelnen und dem Staat einnehmen und so als „Schule der Demokratie“ fungieren können. Im Rahmen des „Tocqueville’schen Paradigmas“ besteht freilich die Gefahr, von einer sozialstrukturellen Machtanalyse der Zivilgesellschaft weitgehend zu abstrahieren (siehe oben). Insofern es ein bipolares Modell zugrunde legt, hat es gesellschaftliche Selbstorganisation im Wesentlichen als Alternative zur administrativen Machtentfaltung des Staates im Visier. Im Vergleich damit wird alles gesellschaftliche Handeln als mehr oder weniger freiwillig betrachtet.<sup>22</sup>

Im Kontrast dazu liegt mit Pierre Bourdieus Konzept des Sozialkapitals eine Theorie vor, die gerade von der Machtanalyse her ihren Ausgang nimmt und zum Ziel hat, die Reproduktion sozialer Ungleichheit zu erklären. Kontrastiert man das Bourdieu’sche und das Putnam’sche Verständnis von Sozialkapital, so hat man es mit Theorietraditionen zu tun, die jeweils ganz unterschiedliche Fragestellungen verfolgen. Beide spielen für die Frage, welche Bedeutung Sozialkapital für die Bürgergesellschaft hat, ob und wann es als Ressource der Inklusion bzw. der Exklusion wirken kann, gleichwohl eine Rolle, wie die folgende Argumentation veranschaulichen soll.

Bei Bourdieu ist der exklusiv wirkende Gruppenbezug der analytische Kern des Konzepts des Sozialkapitals<sup>23</sup>. Die Kontextgebundenheit kommt in seiner Definition von vornherein klar zum Ausdruck: „Das Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens und Anerkennens verbunden sind“ (Bourdieu 1983, 190). Die Existenz von Sozialkapital bedarf einer beständigen Praxis des sozialen Austauschs, in der materielle und symbolische Aspekte untrennbar verknüpft sind. Um Sozialkapital aufzubauen, muss man Zeit, Aufmerksamkeit und Sorge ebenso investieren wie handfeste Leistungen und Gegenleistungen. Bourdieu betrachtet Sozialkapital vor allem mit Blick auf die individuelle Dimension: als Nutzen, den eine Person aus einem Beziehungsnetzwerk ziehen kann. Quantitativ ist dieser Nutzen abhängig von der Größe des Netzwerks („Kapitalvolumen“), qualitativ vom Umfang der anderen Kapitalformen, dem ökonomischen und kulturellen Kapital, das diejenigen besitzen, mit denen die Person in Beziehung steht („Kapitalstruktur“). *Wen* man kennt, kann insofern wichtiger sein, als *wie viele* man kennt. Sozialkapital hat mit Blick auf die anderen verfügbaren Kapitalformen im Wesentlichen einen „Multiplikatoreffekt“: Es vervielfältigt das bereits vorhandene ökonomische und kulturelle Kapital (Bourdieu 1983, 191; 1985, 10f.). Das ökonomische Kapital bildet bei Bourdieu einerseits die allen anderen Kapitalformen zugrunde liegende Basis. Allerdings ist, um es in diese umzuwandeln, „Transformationsarbeit“ nötig. Die transformierten Erscheinungsformen des ökonomischen Kapitals sind nie ganz auf diese zurückführbar. Ihre spezifische Wirkung können sie nur hervorbringen, wenn sie verbergen (auch vor ihrem Inhaber), welche Mittel und welches strategische Kalkül ihrem Einsatz zugrunde liegen: Letztlich geht es um materielle und symbolische Besserstellung im Kampf um gesellschaftliche Positionen.

Die notwendige Transformationsarbeit lässt sich mit Blick auf Sozialkapital (gegen Bourdieu) auch so betrachten, dass sich in der sozialen Interaktion jederzeit eine Eigenlogik des Sozialen zur Geltung bringt, die dem strategischen Kalkül zuwiderläuft. Aufbau und Pflege von Sozialkapital machen eine Verschleierung des Nutzens notwendig. Je stärker auf die Verschleierung des Ökonomischen hingearbeitet wird, desto höher wird allerdings das „Schwundrisiko“. Beide haben die Tendenz, „mit umgekehrten Vorzeichen zu variieren“ (Bourdieu 1983, 197). Schwundrisiko meint das Risiko, eine Vorleistung an Beziehungsarbeit nicht zurückbezahlt zu bekommen und sein Kapital folglich nicht optimal investiert zu haben. Dieses Risiko ist beim Sozialkapital aufgrund seiner beziehungsabhängigen Logik sehr viel schwieriger zu kalkulieren

als beim ökonomischen oder selbst noch beim kulturellen Kapital. Man muss jedenfalls so tun, als würde die Beziehung an und für sich geschätzt, und in Rechnung stellen, dass erst die Dauer verfloßener Zeit ein Bewusstsein von Schuldigkeit und Verpflichtung vermittelt. Nur wenn es gelingt, eine gewisse Zweckfreiheit zu suggerieren, sind die Verpflichtungen aus einer Sozialkapitalbeziehung auch tatsächlich abrufbar, wenn man sie braucht. Mit reiner, oder besser gesagt offener Strategie lassen sich keine Sozialkapital-Beziehungen schaffen. Insofern individuelle Investitionen allein nicht ausreichen, wohnen dem Sozialkapital notwendig Eigenschaften eines sozialen Gutes inne, dessen inhärenter Wert zumindest ansatzweise anerkannt werden muss, um es zu erzeugen (und sei es lediglich überzeugend vorgespielt).<sup>24</sup>

Als soziales Gut ist es gleichwohl begrenzt. Die Aktivierung der mit dem Sozialkapital verbundenen Ressourcen setzt die Zugehörigkeit zu einer Gruppe voraus. Soziale Geschlossenheit ist eine notwendige Bedingung. Die Behauptung der Grenzen muss, Bourdieu zufolge, ein zentrales Anliegen der Gruppe sein, denn die Aufnahme neuer Mitglieder setzt die Identität der ganzen Gruppe aufs Spiel. Diese basiert auf einem gegenseitigen Anerkennen, dem Bourdieu zufolge immer ein Minimum an „objektiver Homogenität“ zugrunde liegt. Gegenseitiges Anerkennen bedeutet, sich als gemeinsam und zugehörig zu erkennen. Obwohl Bourdieu auf Prozesse der Normbildung in diesem Zusammenhang nicht explizit eingeht, ist anzunehmen, dass die Bildung von Mitgliedschaft und insbesondere des dazugehörigen Habitus mit der Herausbildung von Normen der Distinktion einhergeht, die geeignet sind, einander als gemeinsam und zugehörig zu erkennen. Denn um die Vorteile der Sozialkapital-Bildung genießen zu können, sind Ein- und Ausschluss zentral. Sofern es externe Effekte für die Gesamtgesellschaft gibt, sind diese vor allem negativer Art.

#### 4.2 Sozialkapital als Exklusionsressource

Da der exklusiv wirkende Gruppenbezug den analytischen Kern des Konzepts des Sozialkapitals bei Bourdieu bildet, hat Sozialkapital im Wesentlichen den Charakter eines „Clubguts“.<sup>25</sup> Das Problem der Reichweite von innerhalb einer begrenzten Bezugsgruppe generierten Normen wird hier von vorneherein deutlich. Ein solches Konzept – das ist sein Vorteil – ist offen für die Untersuchung der Verteilung von Sozialkapital in einer Gesellschaft und des „Multiplikatoreffekts“ für diejenigen, die aufgrund anderer Kapitalressourcen bereits privilegiert sind. Andererseits findet sich bei Bourdieu keine Differenzierung der Ziele, für die das Sozialkapital eingesetzt wird, folglich auch keine Untersuchung der unterschiedlichen Effekte, die es auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene haben kann. Als öffentliches Gut kann es schwerlich gelten. Das Konzept hat vor allem eine gesellschaftskritische Stoßrichtung: Wenn man Demokratie (mit Norberto Bobbio) als „*victory of visible over invisible power*“ begreift, so werden über Sozialkapital tendenziell nicht-demokratische Herrschaftsstrukturen tradiert bzw. etabliert (Bobbio 1989, 20). Auch unter formal egalitären Bedingungen, wie sie liberale Demokratien zu schaffen beanspruchen, werden überkommene Machtstrukturen versteckt aufrechterhalten oder neue Machtstrukturen verdeckt etabliert. Wenn die direkte Übertragung von Macht und Privilegien „offiziell“ geregelt wird, d.h. politisch gemäß Prinzipien distributiver Gerechtigkeit (sozial)staatlich eingegriffen wird, wächst das Interesse von Kapitalbesitzern, sich Reproduktionsstrategien zu bedienen, die eine bessere Verschleierung der „Kapitaltransmission“ ermöglichen. Der Vorteil der Akkumulation kulturellen und sozialen Kapitals ist aus dieser Perspektive, dass es „in größerer Heimlichkeit“ vonstatten gehen kann (Bourdieu 1983, 198).

Bourdieu's Anliegen kann als Bestreben interpretiert werden, hinter die Fassade des Selbstverständnisses demokratischer Gesellschaften zu schauen, wenn nicht sogar ihre egalitäre Rhetorik als Ideologie zu enttarnen. Im Hinblick auf die Bedeutung des Konzepts des Sozialkapitals für die Demokratietheorie ergibt sich aus diesem Blickwinkel, dass Sozialkapital eher als ein öffentliches Übel denn als ein öffentliches Gut zu betrachten ist. Vor allem die Enttarnung und Überwindung auf Exklusivität bedachter Netzwerke gesellschaftlicher Gruppen wäre Ziel politischen Handelns. Letzteres wird freilich nur eingeschränkt möglich sein. Denn Bourdieus agonale Sicht des Sozialen als Kampf, in dem eine privilegierte Gruppe stets einer unterprivilegierten gegenübersteht und Letztere um materielle und symbolische Besserstellung ringt, impliziert, dass ein Stillstellen der Logik agonalen Kampfes nicht eigentlich zu erwarten ist. Auch die ehemals Beherrschten können in den Sog von Erhaltungsstrategien ihrer errungenen Macht geraten und diese strategisch zu festigen versuchen, indem sie die Exklusivität ihrer Netzwerke verteidigen. Politischer Kampf besteht folglich aus beständigem Enttarnen solcher Erhaltungsstrategien der Macht.

Bourdieu's Konzept verbindet die Sozialkapital-Bildung mit der Dynamik sozialer Kämpfe. Es führt an dieser Stelle zu weit zu klären, um was es bei diesen Kämpfen in seiner Theorie letztlich geht.<sup>26</sup> Die Grenzen des Bourdieu'schen Zugangs liegen da, wo es um die Differenzierung der Effekte der Sozialkapitalbildung geht. Insofern sie bei ihm auf Abgrenzung und Vorteilsbildung im gesellschaftlichen Stellungskampf ausgerichtet ist, kann prinzipiell nur eine Form von Sozialkapital gebildet werden, die unter Gesichtspunkten der Chancengleichheit und Machtkontrolle für die Demokratie insgesamt schädlich ist.

## 5. Überlegungen zu einer übergreifenden Theorie des Sozialkapitals

### 5.1 Verschiedene Formen des Sozialkapitals

Durch die Konfrontation mit Bourdieus Fragestellung verliert der Begriff des Sozialkapitals zunächst seine demokratietheoretische Unschuld. Da er im Kontext einer von der Putnam'schen unterschiedenen Problemstellung entwickelt wird, ist es nötig, zunächst die Frage nach dem gemeinsamen sachlichen Gehalt des Begriffs zu betrachten. Dieser gemeinsame sachliche Gehalt scheint darin zu bestehen, dass sich der Begriff des Sozialkapitals auf das Wirken von Beziehungen bezieht und die dadurch ermöglichte Realisierung von bestimmten individuellen und kollektiven Zielen. Will man an dem Begriff eine demokratietheoretische Analyse fruchtbar machen, die das machtkritische Potential auf der einen und die ermöglichenden Bedingungen kollektiven Handelns auf der anderen Seite einbezieht, so muss die allgemeine These, dass Sozialkapital die Demokratie „zum Laufen“ bringt, differenzierter betrachtet werden. Wie die Analyse des argumentativen Gebrauchs des Sozialkapital-Konzepts bei Putnam gezeigt hat, besteht die Gefahr einer Überdehnung der demokratietheoretischen Schlussfolgerungen, wenn die strukturelle und die kulturelle Dimension des Sozialkapitals nicht analytisch getrennt und der Übergang von sozialer zu politischer Integration nicht eingehender untersucht wird. Als Ausgangspunkt für einen in beide Analyserichtungen offenen Forschungsbezug kann folgende Begriffsbestimmung dienen: *Sozialkapital bezeichnet allgemein gesprochen zunächst das durch soziale Vernetzung geschaffene Vermögen zu kollektivem Handeln*. Schon für den Grenzfall, dass ein soziales Netzwerk nur durch zwei Personen gebildet wird, gewinnen beide durch ihre Beziehung nicht nur ein je individuelles, sondern auch ein gemeinsames kollektives Gut. Dieses besteht zum einen im

Sich-Verlassen, Auf-den-anderen-zählen-Können, also in der „Binnenmoral“, die aus der Interaktion erwächst. Andererseits besteht das kollektive Gut natürlich auch in den Ressourcen an ökonomischem und kulturellem Kapital, zu denen die AkteurInnen einander vermittels ihrer Interaktion Zugang gewähren.

Sozialkapital als Vermögen zu kollektivem *Handeln* zu bestimmen (im Sinne eines Potentials, das durch die Mitglieder einer Gruppe/eines Netzwerks aktivierbar ist), nimmt die demokratietheoretische Fragestellung, die Putnams Verwendung zugrunde liegt, auf: die Bedeutung der Selbstorganisationsfähigkeit der Gesellschaft. Insofern dieses Vermögen durch den modernen Staat und seine Bürokratie (gemäß dem „Tocqueville’schen Paradigma“) nicht hinreichend ermutigt bzw. unterminiert wird, thematisiert der gegenwärtige Diskurs der Zivilgesellschaft Möglichkeiten einer Stärkung. Gleichzeitig bleibt eine Reihe von Fragen für die weitere Untersuchung offen: Wie das Sozialkapital sozial verteilt ist, wie es mit ökonomischem und kulturellem Kapital korreliert ist, wer es zu welchen Zwecken zu nutzen versteht, welche Normen innerhalb eines Sozialkapital-Netztes erzeugt werden und ob diese generalisierbar sind. Dies ist der Bourdieu’schen Perspektive geschuldet. Einerseits soll nicht geleugnet werden, dass das Vermögen zu Kooperation und Selbstorganisation eine grundlegende demokratietheoretische Bedeutung hat. Eine Gesellschaft, in der dieses Vermögen verankert ist, profitiert in vielerlei Hinsicht. Denn es sind nicht allein der Staat und seine Institutionen, die für die Anliegen der politischen Gemeinschaft Verantwortung übernehmen, sondern BürgerInnen, die es gewöhnt sind, sich einen Raum des Handelns zu bewahren oder zu erstreiten. Andererseits sind Selbstorganisation und die aus ihr möglicherweise erwachsenden begrenzten Verpflichtungen der Gegenseitigkeit allein noch kein hinreichender Ausweis für das demokratische Niveau einer Gesellschaft. Vor allem sagen sie noch nichts über die demokratische Qualität der zirkulierenden Normen mit Blick darauf, was man einander wechselseitig als BürgerIn einer politischen Gemeinschaft schuldet. Um diese Frage zu beantworten, müsste das in der Putnam’schen Analyse enthaltene, aber wenig explizierte Kriterium der Zivilität (i. S. von „*civiness*“, also Bürgerschaftlichkeit), müssten die Realisierungsbedingungen einer „*civic community*“ normativ entfaltet und für die empirische Anwendung operationalisiert werden.<sup>27</sup>

Wie oben ausgeführt ist nicht ohne Weiteres klar, wie die strukturelle und die kulturelle Dimension des Sozialkapitals demokratietheoretisch betrachtet in Beziehung gebracht werden können. Wenn man sich bei der Analyse von Sozialkapital nur auf solche Netzwerke konzentriert, denen man vorderhand mit Blick auf die kulturelle Dimension zivilen Charakter zuschreibt, entsteht die Gefahr, in eine Tautologie zu geraten: Zivile Netzwerke produzieren Normen der Zivilität, unzivile tun das nicht. Wenn man die strukturelle und die kulturelle Dimension hingegen analytisch auseinanderhält, ist es möglich, verschiedene Formen von Sozialkapital entlang der Frage zu differenzieren, welche Normen in welchen Kontexten sozialer Vernetzung generiert werden. Wenn von „schlechter“ Zivilgesellschaft, von „dunklen Seiten“ des Sozialkapitals die Rede ist, so ist damit häufig der Umstand angesprochen, dass die wesentlichen Normen der Demokratie nicht produziert werden, *obwohl* freiwillige Vereinigungen (und damit Muster struktureller Vernetzung) bestehen.

Putnam hat versucht, diesem Problem mit der Unterscheidung von „zusammenschmiedendem“ („*bonding*“) und „brückenschlagendem“ („*bridging*“) Sozialkapital Rechnung zu tragen (2000, 20ff.). Brückenschlagendes Sozialkapital charakterisiert Putnam als „*inclusive*“, „*outward looking*“ und „*encompassing people across social cleavages*“. Zusammenschmiedendes Sozialkapital charakterisiert er als „*exclusive*“, „*inward looking*“ sowie „*reinforcing exclusive identities*“ und „*homogeneous groups*“. Die Unterscheidung scheint sich also sowohl auf die soziale

Zusammensetzung der Netzwerke/Gruppen zu beziehen als auch auf unterschiedliche Ziele (*outward/inward looking*). In Bezug auf die in den jeweiligen Netzwerken generierten Normen findet sich in diesem Zusammenhang lediglich der Hinweis, dass brückenschlagende Netzwerke breitere Identitäten und Reziprozität schaffen, während zusammenschmiedende Netzwerke spezifische Reziprozität, „*strong in-group loyalty*“ (möglicherweise verbunden mit „*strong out-group antagonism*“), stärken. Putnam macht klar, dass brückenschlagendes Sozialkapital unter Bedingungen moderner, heterogener Gesellschaften das schwieriger zu stiftende, das knappere, aber dafür umso wertvollere Gut darstellt. Gleichwohl bleibt er in Bezug auf die demokratieförderlichen Effekte relativ vage: Sowohl brückenschlagendes als auch zusammenschmiedendes Sozialkapital könne positive soziale Effekte haben, es komme auf die richtige Mischung (sowohl bei der individuellen Kapitalausstattung als auch bei der Kapitalausstattung der Gesamtgesellschaft) an.<sup>28</sup>

Die Unterscheidung von bindendem und brückenschlagendem Sozialkapital soll helfen, unterschiedliche Merkmale in Prozessen der Sozialkapital-Bildung zu differenzieren: soziale Zusammensetzung, Zielsetzung des Handelns sowie Reichweite der Normenbildung. Dabei wird nicht immer hinreichend deutlich, dass für die Frage nach den normativen Grundlagen der Demokratie die Generalisierung der Reziprozitätsverpflichtungen, der Normen der Wechselseitigkeit, deren Genese mit der Praxis sozialer Kooperation verbunden wird, von wesentlicher Bedeutung ist. Bleibt Reziprozität grundsätzlich auf die Mitglieder einer bestimmten Gruppe bezogen und ermutigt sie die entgegengesetzte Haltung gegenüber Außenstehenden? Oder werden die Reziprozitätspflichten, die innerhalb einer Gruppe gebildet werden, zu den Reziprozitätspflichten, die gegenüber anderen als BürgerInnen (oder auch nur als gemeinsame Angehörige der Menschengemeinschaft) bestehen, in Beziehung gesetzt?<sup>29</sup> Um die demokratietheoretische Bedeutung verschiedener Formen von Sozialkapital zu differenzieren, erscheint es sinnvoll, die Charakterisierung „*bonding*“ versus „*bridging*“ vorwiegend auf die Frage der sozialen Zusammensetzung der Gruppen zu beziehen: Homogenität bzw. soziale *cleavages* überschreitend. Demgegenüber könnte der Gegensatz zivil/unzivil helfen, noch einmal unabhängig davon auf der Ebene der Normen die Frage zu stellen, inwieweit trotz aller internen Gruppenloyalität Normen generalisierter Reziprozität als Grundlage egalitärer Bürgerschaft geachtet werden.<sup>30</sup> Dann wird deutlich, dass brückenschlagendes Sozialkapital wohl meistens zivilen Charakter hat, zusammenschmiedendes aber nicht notwendig unzivil sein muss. Gerade im Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit wird häufig die Bedeutung von zusammenschmiedendem Sozialkapital als Medium der Solidarisierung von Benachteiligten betont (Ehrenberg 2002, 69f.). Sofern sich der Kampf auf Gleichstellung im Rahmen einer demokratischen Ordnung bezieht, wird das Sozialkapital gleichwohl als zivil zu werten sein. In diesem Zusammenhang liegt die Frage nahe, ob mit „*inward*“ vs. „*outward looking*“ ein weiteres Gegensatzpaar mit Blick auf die Ziele der Sozialkapitalbildung hinzugefügt werden sollte. Manche Formen des Sozialkapitals scheinen *offensiv*, veränderungsorientiert bezogen auf die institutionelle Ordnung der Gesamtgesellschaft, andere eher *defensiv*, bewahrend und auf die Integrität der Beziehungen innerhalb einer kleineren Gemeinschaft bezogen. Insgesamt würden sich durch diese Differenzierung sechs verschiedene (untereinander kombinierbare) *Formen von Sozialkapital* ergeben:

**Übersicht 1: Formen von Sozialkapital**

<b>Brückenschlagend</b> Soziale <i>cleavages</i> überschreitend.	<b>Bindend</b> Sozial homogene Gruppenzusammensetzung.
<b>Zivil</b> Generalisierung wechselseitiger Verpflichtungen, Anerkennung als gleichberechtigte BürgerInnen, „democratic civility“.	<b>Unzivil</b> Partikularisierung wechselseitiger Verpflichtung, Beschränkung auf Gruppenbezug, „particularistic civility“.
<b>Offensiv</b> Veränderungsorientiert, Kritik des status quo, auf institutionellen Wandel/Demokratisierung zielen.	<b>Defensiv</b> Konservierend, Verteidigung des Bestehenden, reaktiver Rückzug auf Gruppenzusammenhalt.

**5.2 Sozialkapital als individuelles Gut, als Gruppengut und als gesamtgesellschaftliches Gut**

Für eine demokratietheoretische Neubewertung des Konzepts des Sozialkapitals spielt nicht nur die Frage nach dem gemeinsamen sachlichen Gehalt des Begriffs eine Rolle, sondern es bleibt auch zu klären, ob die beiden unterschiedlichen Perspektiven Putnams und Bourdieus in eine übergreifende *Theorie* des Sozialkapitals integriert werden können. Hierzu sollen abschließend noch einige Überlegungen angestellt werden.

Prinzipiell scheint es hilfreich, drei Ebenen zu unterscheiden, auf denen die Wirkung von Sozialkapital untersucht werden kann. Diese drei Ebenen sind: (a) die individuelle Ebene, (b) die Gruppenebene und (c) die gesamtgesellschaftliche Ebene. Auf jeder können, aufbauend auf der allgemeinen Begriffsbestimmung, noch einmal strukturelle und kulturelle Dimension differenziert betrachtet werden: Die strukturelle Dimension richtet die Aufmerksamkeit auf die soziale Struktur mit Blick auf die Existenz von Beziehungsnetzwerken, ihre Ausdehnung und Dichte. Die kulturelle Dimension richtet die Aufmerksamkeit auf das Generieren von sozialen Normen.

Strukturell betrachtet bezeichnet Sozialkapital auf der individuellen Ebene (a) eine *Beziehungsressource* und ist bezogen auf die Kontakte, die ein Individuum unterhält bzw. mobilisieren kann. Dies meint sowohl die Anzahl der Kontakte als auch den Wert der Kontakte mit Blick auf ökonomisches und kulturelles Kapital sowie die Art der Positionierung in Netzwerken.<sup>31</sup> Auf einer (b) *Gruppenebene* bezeichnet Sozialkapital eine *Organisationsressource* und ist auf die Bildung eines sozial relativ geschlossenen Netzes von Personen bezogen, die durch ihren Kontakt zueinander in der Lage sind, sich zu organisieren und gemeinsam zu handeln. Auch auf dieser Ebene gibt es so etwas wie „Positionskapital“: Wie ist eine Gruppe im Verhältnis zu anderen Gruppen mit Blick auf ihren Einfluss auf das politische Entscheidungszentrum positioniert, handelt es sich um machtferne oder machtnahe Netzwerke, über welches „Kapitalvolumen“ und welche „Kapitalstruktur“ verfügen die jeweiligen Gruppen und wie verhält sich das zu ihrer Organisationsfähigkeit? Auf der (c) gesamtgesellschaftlichen Ebene lässt sich von Sozialkapital als einer *Kooperationsressource* sprechen. Sozialkapital äußert sich hier in der gesellschaftlich verbreiteten Bereitschaft, Kooperationen einzugehen, ohne auf hierarchisch-rechtliche Steuerung zurückzugreifen. Es bezieht sich auf das Vermögen zu gesellschaftlicher Selbstorganisation, auf die Bereitschaft, Beziehungen einzugehen, Dinge gemeinsam zu unternehmen, Probleme zu lösen. In diesem Zusammenhang ist die Differenz zwischen staatlicher und gesellschaftlicher

Sphäre mit Blick auf die unterschiedlichen Modi der Einwirkung der Gesellschaft auf sich selbst im Fokus: zwangsbewehrtes Recht vs. freiwillige Selbstbindung.

Der letztgenannte Punkt verweist unmittelbar auf die kulturelle Dimension des Sozialkapitals: Auf jeder der drei Ebenen besteht das Potential zur Genese normativer Ressourcen (in Form von Reziprozitätsverpflichtungen und Vertrauen). Offen ist aber, welche Kontextbedingungen (institutionell und kulturell) zu einer Generalisierung normativer Orientierungen (oder deren Blockade) beitragen. Dass die Bildung von Sozialkapital mit der Bildung von Normen verknüpft ist, wird auf der individuellen Ebene daran festgemacht, dass man, um Beziehungen und die damit verbundenen Ressourcen mobilisieren zu können, jenseits intentional-strategischer Investitionen auch den intrinsischen Wert einer Beziehung anerkennen muss (zumindest überzeugend so tun muss „als ob“). Der rein strategische „Netzwerkopportunist“ schafft kein „Vertrauens- und Verpflichtungskapital“.<sup>32</sup> Vertrauenskapital wird nur dann geschaffen, wenn eine Beziehung bzw. eine erbrachte Vorleistung nicht strategisch missbraucht wird. Dies setzt voraus, dass man die „moralischen Reziprozitätsverpflichtungen“ einhält, die in soziale Interaktionen eingelassen sind.<sup>33</sup>

Auf der Gruppenebene stellen die in individuellen Interaktionen erzeugten Normen des Vertrauens und der Verpflichtung etwas dar, was das Netzwerk als Ganzes zusammenhält. Interaktionen in relativ geschlossenen Netzwerken lassen eine „Binnenmoral“ entstehen, die den Charakter eines kollektiven Gutes hat. Welche Normen es genau sind, durch die eine Gruppe zusammengehalten wird, hängt vom Zweck der Organisation, der Tradition der Gruppe, ihrer Zusammensetzung und Ähnlichem ab. Hier kommen die qualitativen Differenzierungen ins Spiel, die im vorherigen Abschnitt diskutiert worden sind: Die soziale Zusammensetzung einer Gruppe kann als brückenschlagend oder bindend charakterisiert werden, die „Binnenmoral“ kann ziviles oder unziviles Sozialkapital erzeugen, sie kann defensiv oder offensiv orientiert sein.<sup>34</sup> Gruppenzugehörigkeit kann einen Ersatz für unmittelbare Interaktionserfahrungen bilden, was die Frage nach der Konstitution von Gruppenidentität aufwirft. Damit Gruppenzugehörigkeit zu einer Quelle von Sozialkapital werden kann, muss ein Sich-Erkennen gewährleistet sein. Gruppenzugehörigkeit ist freilich keinesfalls nur Ergebnis freiwilliger Selbstzuordnung, sondern – so lehrt der Bourdieusche Blick – durch die Stellung der AkteurInnen im sozialen Raum vorstrukturiert. In den Prozess der Konstitution von Gruppenidentität fließen Ungleichheiten sozialer und politischer Macht unweigerlich ein. Die Dynamik von Gruppenbildung muss daher zugleich im Kontext sozialer Kämpfe um gesellschaftliche Positionierung und Anerkennung verstanden werden. Erfahrungen struktureller Benachteiligung können grundlegend ein Bestreben nach Behauptung von Gruppendifferenz als Möglichkeit der Identitätsbildung hervorbringen. Sie können eine starke Abschottung nach außen nach sich ziehen. Ob sich in diesem Zusammenhang bindendes Sozialkapital mit eher defensivem oder aber mit offensivem, auf gesellschaftlichen Wandel zielendem Charakter bildet, wird auch damit zusammenhängen, ob die um Anerkennung kämpfenden Gruppen auf eine politische Kultur und institutionelle Arrangements treffen, die für ihre Forderungen empfänglich bzw. durchlässig sind oder nicht. Ein defensiver Rückzug auf Gruppenbildung entlang von Rasse, Klasse oder Geschlecht ist häufig überhaupt erst als Reaktion auf gesellschaftliche und institutionelle Ausschlussmechanismen der Mehrheitskultur zu begreifen. Insofern die Ausbildung unzivilen Sozialkapitals auch als Ausdruck ökonomischer und kultureller Depravation zu begreifen ist, muss dieses auch im Zusammenhang mit Problemen sozialer Gerechtigkeit analysiert werden.

Dies führt zu der dritten Ebene, auf der sich das Wirken von Sozialkapital analysieren lässt. Wenn von Sozialkapital als gesamtgesellschaftlicher Ressource die Rede ist, so ist dies auf die Existenz ziviler Normen bezogen, die sowohl institutionell als auch politisch-kulturell Niederschlag gefunden haben.<sup>35</sup> Dies soll seinen Ausdruck in einer Verbreitung generalisierten Vertrau-

ens finden, das, so wird vermutet, zwanglose soziale Kooperation erleichtert, die für eine lebendige Zivilgesellschaft die Voraussetzung bildet. Die auf dieser Ebene gebildete „Systemmoral“ (Esser 2002, 257) stellt bezogen auf die jeweilige Bürgerschaft tatsächlich ein öffentliches Gut dar. Sie kann entweder als Folge im Sinne der „Externalitäten einer Gruppenmoral“ (die Putnam’sche Perspektive) oder als Folge der sozialisatorischen Wirkung eines „institutionellen Ethos“ analysiert werden (siehe Anmerkung 2).

Insgesamt ergeben sich durch die hier vorgeschlagenen Unterscheidungen drei Ebenen der Wirkung von Sozialkapital, die jeweils noch einmal nach struktureller und kultureller Dimension differenziert betrachtet werden können.

### Übersicht 2: Ebenen der Wirkung von Sozialkapital:

	Individuelle Ebene	Gruppenebene	Gesamtgesellschaftliche Ebene
<b>Strukturell</b>	Beziehungsressource: Mobilisierbarkeit von Kontakten	Organisationsressource: Potential zu gemeinsamem Handeln	Kooperationsressource: Vermögen zu gesellschaftlicher Selbstorganisation
<b>Kulturell</b>	– Vertrauen – moralische Reziprozitätsverpflichtung	– Binnenmoral der Gruppe (mit unterschiedlicher Qualität) – Existenz von Normen als kollektives Gut	– Systemmoral (generalisiertes Vertrauen, generalisierte Reziprozität) Mögliche Quellen: a) „Externalitäten“ von Gruppenmoral b) institutionell generiert

Beide Fragestellungen, die Putnam’sche, die Sozialkapital als ermöglichende Bedingung kollektiven Handelns untersucht, wie auch die Bourdieu’sche, die unter machtkritischen Aspekten die Reproduktion sozialer Ungleichheit aufklären will, spielen für die Bewertung der Bedeutung von Sozialkapital in der Bürgergesellschaft eine Rolle. Sozialkapital ist zweischneidig: Es *kann* als Ressource sozialer Inklusion wirken – allerdings ist dies von kulturellen und institutionellen Hintergrundbedingungen abhängig. Sozialkapital als Vermögen zu kollektivem Handeln wohnt durchaus ein normatives Potential inne, insofern es Selbstbindung auf der Basis moralischer Reziprozitätspflichten ermöglicht. Einen mit der liberalen Demokratie vereinbaren Charakter werden diese Reziprozitätspflichten aber nur in einem Kontext struktureller Gleichheit auf der Basis von Prinzipien inklusiver Bürgerschaft annehmen. Aufgrund seines Charakters als kollektives „Clubgut“ kann Sozialkapital ebenso gut als Medium der Exklusion wirken. Wie ökonomisches und kulturelles Kapital ist auch Sozialkapital eine Ressource, die im Kampf um soziale und politische Macht eingesetzt wird. Seine ungleiche Verteilung kann dazu führen, dass sich ohnehin bestehende Ungleichheiten verschärfen.

Eine Gegenüberstellung der amerikanischen und der kontinentaleuropäischen Sozialkapital-Debatten zeigt, dass Probleme gesellschaftlicher Spaltung nach wie vor mit unterschiedlichen Akzenten thematisiert werden: Werden sie auf der einen Seite vorwiegend unter dem Gesichtspunkt ethnischer Diversität in den Blick genommen, so sind auf der anderen Seite besonders Probleme sozialer Ungleichheit (i.S. ökonomischer und kultureller Benachteiligung) in der Diskussion. Gemeinsam ist beiden Perspektiven freilich, dass zunehmend strukturelle Prozesse ausgemacht werden, die Tendenzen sozialer Schließung provozieren bzw. verstärken.<sup>36</sup> Es häufen sich gegenwärtig Diagnosen, die eine neue Abschottung zwischen einzelnen gesellschaftlichen

Gruppen sehen, was sich in Form der sozialen Homogenisierung innerhalb einzelner Stadtquartiere zeige, aber auch im Freizeit-, Bildungs- und Beziehungsverhalten (Bude/Willisch 2006; Häußermann 2006; Lessenich/Nullmeier 2006). Unzivil-defensives Sozialkapital ist unter diesen Bedingungen keineswegs nur etwas, was sich aufseiten der unterprivilegierten Teile der Gesellschaft findet. Die Pflege von sozialen Normen der Distinktion ist auch eine Möglichkeit, um Sozialkapital als ein Gruppengut sozial Privilegierter zu (re)produzieren. Dem Streben nach Distinktion in Form einer Kultivierung von Geschmack und Manieren, traditionellem Bildungskanon oder sozial abgeschlossener Sport- und Freizeitgestaltung stehen Klagen über „verwehrte Unterschichten“ auf der anderen Seite gegenüber. In diesem Zusammenhang tritt die Ambivalenz der Rede von der „Neuen Bürgerlichkeit“ deutlich zutage. Der Diskurs der Bürgergesellschaft richtet sich wesentlich auf die Aktivierung der bürgerschaftlichen Verantwortung eben jener ökonomischen und kulturellen „Kapitalbesitzer“, deren Tendenz zur sozialen Abschließung gleichzeitig diagnostiziert wird.

Will man die Bedeutung von Sozialkapital für die Demokratie untersuchen, lassen sich die Dynamiken durch die vorgeschlagene Differenzierung der verschiedenen Ebenen des Sozialkapitalkonzepts besser begreifen. Unter Auswertung international vergleichender Sozialkapitalstudien vermutet Putnam inzwischen, dass neue Formen des Sozialkapitals entstehen, die enger, weniger brückenbildend, weniger auf kollektive bzw. der Allgemeinheit dienende Zwecke ausgerichtet sind. Insgesamt zeichne sich eine „Privatisierung des Sozialkapitals“ ab (Putnam 2001, 781). Folgt man dieser Einschätzung, so bedeutet dies, dass sich das Sozialkapital der Gesellschaft immer mehr zu einem individuellen bzw. einem kollektiven Gut von sozialen Gruppen in Bourdieus Sinne entwickelt. Es bedeutet nicht, dass Sozialkapital einfach schwindet (so Putnams umstrittene „*Bowling-alone*“-These), wohl aber, dass es immer weniger als öffentliches Gut in einem bürgerschaftlich-republikanischen Sinne zur Verfügung steht.

#### ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004*, 40f. Der vom Bundesministerium in Auftrag gegebene „Freiwilligensurvey“ strebt eine systematische Beobachtung des freiwilligen Engagements in Deutschland an. Er wurde erstmals in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre vom Projektverbund TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt, der auch die zweite Welle 2004 erhoben hat.
- 2 Institutionentheoretische Erklärungsansätze verfolgen etwa Offe (2001), Rothstein (1998), Pettit (1997; 1998), Warren (1999), mit Blick auf die vertikale Dimension politischen Vertrauens auch Fuchs/Gabriel/Völkl (2002) bzw. Gabriel/Kunz (2002). Einen assoziations-theoretischen Ansatz, der die bei Putnam implizierten sozialisatorischen Effekte freiwilliger Vereinigungen zu ergründen (und zu differenzieren) versucht, verfolgt Hooghe (2002). Auf empirischer Ebene ist an Putnams Ansatz kritisiert worden, dass sich der angenommene Zusammenhang von Vereinsmitgliedschaft und generalisiertem Vertrauen nicht nachweisen lasse (Stolle 2002; Rothstein/Stolle 2002; Gabriel/Kunz 2002). Kenneth Newton verweist in diesem Zusammenhang auf das Problem der „*self-selection*“: Es träten vor allem diejenigen in Vereine ein, die auch schon vorher eine größere Neigung gehabt hätten zu vertrauen (Newton 1999, 16).
- 3 Das Problem ist unter Stichworten wie „*unsocial capital*“ (Levi 1996) oder „*the dark sides of social capital*“ zur Sprache gebracht worden (vgl. Levi 1996; Skocpol 2001).
- 4 Im Zusammenhang mit zunehmenden Diagnosen sozialer Spaltung ist inzwischen zu beobachten, dass die Bourdieusche Tradition häufiger in den Blick rückt (vgl. etwa Klein et al. 2004; Lüdicke/Diewald 2007). Vgl. außerdem Sebastian Braun, der die beiden unterschiedlichen Diskurse in den USA und in Frankreich gegenüberstellt (vgl. Braun 2001; 2002).
- 5 Vgl. etwa Lessenich/Nullmeier (2006a), Bude (2008), Bude/Willisch (2006), Boltanski/Chiapello (2003).
- 6 Vgl. z.B. das Schwerpunkttheft des Forschungsjournals *Neue Soziale Bewegungen* „Bürgergesellschaft – Wunsch und Wirklichkeit“, Heft 2/2007.

- 7 Hier liegen die Bezüge zu Bourdieu auf der Hand, ohne dass die theoretische Verbindung freilich immer explizit gezogen würde. Vgl. Hooghe/Stolle (2003, 6f.), Oorschot et al. (2006, 161ff.), Mayer (2002, 41ff.), Diewald/Lüdicke (2007, 11ff.).
- 8 Putnam wird sowohl einem republikanischen Diskurs der Zivilgesellschaft zugeordnet und mit einer „kommunitaristischen Agenda“ in Zusammenhang gebracht als auch für die Möglichkeit einer Instrumentalisierung für eine neokonservative bzw. libertäre Rhetorik der Zivilgesellschaft kritisiert (vgl. Fuchs 2002, 42; Haus 2003, 247; Stolle/Hooghe 2003, 4; Cohen 1999, 211).
- 9 Zum Begriff des „Tocquevillian Paradigm“ vgl. Warren (2001, 29ff.). Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass der Begriff sich im Wesentlichen auf eine Rezeption der Tocqueville’schen Thesen zum freiwilligen Engagement in Amerika bezieht. Dass diese Rezeption selbst eine Verflachung darstellen könnte, wird in der Diskussion freilich kritisch angemerkt (vgl. etwa Taylor 1991; Fried 2002).
- 10 Zu sozialer Ungleichheit und Tendenzen einer Rearistokratisierung der amerikanischen Gesellschaft vgl. Skocpol (2001) und Ehrenberg (2002).
- 11 Zum Solidaritätsbegriff mit Blick auf die Frage der Herstellung gesellschaftlicher Einheit vgl. Bayertz (1998, 23ff.). Zur Begriffsgeschichte vgl. Wildt (1996) und Fiegler (2003).
- 12 Zur Diskussion um den Wandel vom Wohlfahrtsstaat zur „Wohlfahrtsgesellschaft“ vgl. Meyer (2005) und Nullmeier (2002).
- 13 Putnam entwickelt sein Konzept des Sozialkapitals im Wesentlichen in Zusammenhang mit der Untersuchung der Qualität zivilen Lebens in unterschiedlichen Regionen Italiens und sodann mit Blick auf den schwindenden sozialen Zusammenhalt in den USA (vgl. Putnam 1993; 1995; 2000).
- 14 Zu dieser Differenzierung vgl. auch Norris (2002, 138ff.). Norris geht vor allem auf Probleme ein, die sich aus dieser Vermischung für die empirische Analyse ergeben. Ohne eine Trennung der verschiedenen Dimensionen sei das Konzept des Sozialkapitals für die weitere Forschung wenig hilfreich: „Social capital may prove to be an example of a battery of sophisticated techniques being widely employed but generating more heat than light, because social scientists not have honed valid, consistent, and reliable measures of the phenomenon under investigation“ (a.a.O., 141). Vgl. kritisch in Bezug darauf, dass Putnam etwas zur Definition erhebt (Sozialkapital als „networks, norms and trust“), was allenfalls als „analytischer Aussagezusammenhang“ zu interpretieren wäre, auch Gabriel/Kunz (2002, 257).
- 15 In der Italienstudie liefert Putnam auf der strukturellen Ebene Daten zur Existenz und Dichte lokaler Vereinigungen, also eine zahlenmäßige Erhebung der Kultur- und Freizeitvereinigungen, der Dichte der Sportclubs etc. in unterschiedlichen Regionen. Die in diesen Vereinigungen praktizierten sozialen Normen werden aber gar nicht qualitativ erhoben.
- 16 Als klassische Referenz für die Norm der Reziprozität gilt Alvin W. Gouldner, der damit zwei Minimalforderungen verbunden hat: „[...] (1) people should help those who have helped them, and (2) people should not injure those who have helped them“ (zitiert nach: Esser 2000, 365). Zur Diskussion vgl. auch Adloff/Mau (2005, 23f.).
- 17 Forderungen der Reziprozität werden immer in einem bestimmten Kooperationszusammenhang erhoben und lassen sich also nur innerhalb eines sozialen Bezugsrahmens konkretisieren. Auch Bürgerschaft lässt sich als ein Kooperationszusammenhang auffassen, in dem es gemeinsame Zwecke gibt und die Notwendigkeit besteht, die zur Erfüllung der gemeinsamen Ziele förderlichen Regeln zu bestimmen (vgl. etwa die Bestimmung des Politischen bei Rawls 1994, 369). Freilich handelt es sich hier nicht um eine unmittelbare Interaktion zwischen konkreten Personen, sondern um eine indirekte Beziehung, die wesentlich über Rechte vermittelt wird. Zur Frage, was Reziprozität im Kontext gemeinsamer Bürgerschaft bedeuten soll, vgl. auch neuere Diskussionen in der politischen Philosophie (insbesondere Forst 1994, 64; 1999, 198; 2007, 189ff.); außerdem Nancy Frasers Grundsatz der „Parität der Partizipation“, der die Forderung beinhaltet „als Gleicher unter Gleichen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können“ (Fraser 2003, 264f.). Zur Soziologie der Reziprozität, besonders mit Blick auf die Untersuchung unterschiedlicher „Reziprozitätsarrangements“ im modernen Wohlfahrtsstaat vgl. Adloff/Mau (2005) und Lessenich/Mau (2005).
- 18 Im traditionellen Verständnis der ökonomischen Theorie der Politik werden als Charakteristika öffentlicher Güter die Unteilbarkeit und Nichtausschließbarkeit betrachtet. Als öffentliche Güter in der reinen Form werden eine saubere Umwelt, nationale Sicherheit und Ähnliches ins Auge gefasst. Zu den theoretischen Grundlagen des Ansatzes vgl. Arrow (1963) und Barry/Hardin (1982).
- 19 „Individuen in Sozialstrukturen, die sich jederzeit auf eine große Anzahl ausstehender Verpflichtungen berufen können, gleichgültig welcher Art diese Verpflichtungen sind, können auf ein größeres soziales Kapital zurückgreifen“ (Coleman 1991, 398f.).
- 20 Aufgrund der von Coleman zugrunde gelegten Theorie des Sozialen ist es gleichwohl in der Regel ein Nebenprodukt sozialer Interaktion, das beim intentionalen Verfolgen anderer Ziele entsteht. Das hängt damit zusammen, dass Colemans Vorstellung nach Interaktionen nicht aus Gründen, die in der Sozialität selbst liegen (wie etwa in intersubjektiven Theorien des Sozialen, insbesondere Theorien der Anerkennung), begonnen werden, sondern weil

- AkteurInnen an bestimmten *äußeren* Dingen in der Welt (Ereignissen oder Ressourcen) Interesse haben, diese jedoch nicht alleine kontrollieren können und daher mit anderen AkteurInnen Transaktionen eingehen müssen.
- 21 Vgl. zu der Frage, inwiefern der Diskurs um öffentliche Güter politiktheoretisch an den klassischen Gemeinwohldiskurs anschließt Seubert (2004, 109ff.).
  - 22 Zur Kritik an einem bipolaren Modell der Zivilgesellschaft vgl. Warren (2001, 32): „The problem with such a model is that it assimilates market interactions to a civil society characterized by social integration.“ Im Zuge der Wirkmächtigkeit des Tocqueville'schen Paradigmas befürchtet er eine Übergeneralisierung mit Blick auf angeblich demokratische Effekte. Dass eine Form der Tocqueville-Rezeption, die sich lediglich auf die Gegenüberstellung von zentralistischem Staat versus freiwillige Selbstorganisation konzentriert, eine ideologische Verflachung darstellt, hat wiederum Charles Taylor (1991) kritisiert.
  - 23 Bourdieus Konzept des Sozialkapitals ist eingebettet in seine allgemeine Theorie einer „Ökonomie der Praxis“, die hier freilich nicht in aller Ausführlichkeit erörtert werden kann. Handlungen sind für ihn prinzipiell auf die Maximierung materieller und symbolischen Gewinns ausgerichtet, auch jene, die sich als von Ökonomie befreite, zweckfreie verstehen. Die soziale Welt besteht aus Feldern, die verschiedene Formen von „Einsätzen“, verschiedene Formen von Kapital fordern, um in ihnen zu reüssieren: ökonomisches, kulturelles und eben auch soziales Kapital (vgl. Bourdieu 1983, 183f.; 1987, 171ff.).
  - 24 Zur Charakterisierung als soziales Gut vgl. Esser (2002, 264). Kritisch in Bezug auf die Frage, ob Bourdieus Begriff des Sozialkapitals die Eigenlogik des Sozialen zu fassen vermag Müller (1997, 345). Zum „subtilen Ökonomismus“ der Bourdieus'schen Theorie auch Caillé (2005, 163).
  - 25 Zum Begriff des „Clubguts“ vgl. Esser (2000 186ff.). Es wird charakterisiert als besondere Form eines Kollektivguts, für das nicht (wie für öffentliche Güter im Allgemeinen) gilt, dass die Gruppe der Beteiligten im Prinzip beliebig groß sein kann. Clubgüter sind empfindlich gegen „*overcrowding*“. Mit steigender Gruppengröße sinkt daher der Ertrag, den jede/r beteiligte AkteurIn erhält.
  - 26 Sind materielle und symbolische Gewinne bloße Stellungsrechte im symbolischen Verteilungskampf? Oder ist in dem Kampf auch Raum für eine moralisch-praktische Auseinandersetzung, in der die GegnerInnen jeweils um die normative Zustimmung der anderen Seite ringen? Die Frage, ob sich Bourdieus Konzept in diesem Sinne rekonstruieren ließe, muss hier offen gelassen werden. Seine grundsätzliche Sicht des Sozialen scheint dafür zunächst wenig Grundlagen zu bieten. Zur Kritik vgl. Honneth (1984, 162). Zu Honneths eigenem Vorschlag der Rekonstruktion sozialer Kämpfe als Kämpfe um Anerkennung vgl. Honneth (1992) sowie Honneth (2003, 140ff.).
  - 27 Politische Zivilisierung ist insbesondere in Kantischer Tradition etwas, was sich ganz wesentlich im Medium der Verrechtlichung vollzieht (vgl. Kant [1795] 1984; Habermas 1996 sowie Kleger 1994). Der politische Sinn von Zivilität wird im Englischen freilich sehr viel deutlicher, da „*civility*“, „*civicness*“ und „*citizenship*“ schon vom Wortstamm her eng verbunden sind. Zivilität hat eine institutionelle Dimension: in bestimmten rechtlichen Strukturen aufbewahrte Normen gleichberechtigter Bürgerschaft, sowie eine kulturelle Dimension: normative Orientierungen und politische Tugenden, die Bürgerschaftlichkeit als soziale Praxis ermöglichen.
  - 28 Vgl. Putnam (2000, 22f.). Dem steht entgegen, dass Putnam mitunter den Eindruck vermittelt, als sei brückenschlagendes Sozialkapital prinzipiell die aus normativen wie aus konsequentialistischen Gründen positiver zu bewertende Form (vgl. Putnam 2002, 260). In diesem Sinne wird er auch von Adloff/Mau (2005, 10) interpretiert: „Putnam behauptet zudem, dass eine Gesellschaft, in welcher Reziprozität in generalisierter Form vorkommt, wirtschaftlich wie politisch effektiver ist, als eine Gesellschaft, in der Reziprozität nur in spezifischen Subgruppen vorfindbar ist – erstere beruht auf einem brückenbildenden („*bridging*“), letztere auf einem bindenden („*bonding*“) Sozialkapital.“ Adloff/Mau beziehen den Gegensatz also hauptsächlich auf die Reichweite und Qualität der Normen (generalisierter vs. spezifische Reziprozität).
  - 29 Simone Chambers und Jeffrey Kopstein unterscheiden in einem sich kritisch auf das Tocqueville'sche Paradigma beziehenden Beitrag Assoziationen danach, ob in ihnen Normen einer „*democratic civility*“ oder Normen einer „*particularistic civility*“ vermittelt werden. „Particularistic civility contains all the goods that are associated with participation (trust, public spiritedness, self-sacrifice), but only between members of a particular group, and it often encourages the opposite sort of attitude to members outside the group. Democratic civility in contrast, extends the goods learned in participation to all citizens regardless of group membership“ (Chambers/Kopstein 2001, 841). Analog zu dieser Differenzierung von „*particularistic civility*“ und „*democratic civility*“ und Putnams Differenzierung von zusammenschmiedendem und brückenschlagendem Sozialkapital unterscheidet Claus Offe zwischen „kommunitären“ Erscheinungsformen von Sozialkapital und „zivilgesellschaftlichen“ (Offe 1999, 115f.). Allerdings vertritt er in diesen Ausführungen die These, dass der kommunitäre Typ in modernen, pluralistischen Gesellschaften „keine guten Entwicklungschancen“ mehr habe. Chambers/Kopstein (2001, 856) betonen demgegenüber gerade die Gefahr (und beobachtbare Tendenz) regressiver Potentiale in eben diesen Gesellschaften.
  - 30 Um Missverständnissen vorzubeugen sei betont, dass es nicht prinzipiell unzivil ist, spezifische Reziprozitätspflichten innerhalb bestimmter Kooperationskontexte auf eine begrenzte Zahl von Personen zu beschränken. Unzivil ist es aber, im Fall der Kollision der partikularen Referenzgruppe den Vorrang einzuräumen. Die Grundidee ist, dass

- spezifische Reziprozitätspflichten nicht allgemeineren Reziprozitätspflichten widersprechen dürfen, die wir gegenüber anderen als Menschen bzw. als BürgerIn haben. So lassen sich Ethnozentrismus, Klassenegoismus, Vetternwirtschaft und Korruption kritisieren.
- 31 Hartmut Esser (2002, 241ff.) unterscheidet die individuelle und die kollektive Dimension im Sozialkapital als „Beziehungs-“ bzw. „Systemkapital“. Er expliziert „Positionskapital“ als Teil des „Beziehungskapitals“ im Anschluss an Ronald Burts Theorie der „*structural holes*“. Positionskapital bezieht sich auf die geschickte Positionierung in einer Netzwerkstruktur. Dem liegt ein Optimierungsgedanke zugrunde: Beziehungen zu unterhalten ist zeit- und kostspielig. Deshalb gilt es möglichst viele nicht-redundante Beziehungen zu knüpfen. Der Kontakt zu einer Person eines Netzwerkes (am besten zu der, die am besten informiert und einflussreichsten ist) ist ausreichend. Zu allen anderen Personen des Netzwerkes auch noch Beziehungen zu unterhalten ist Zeitverschwendung. Das eigene Positionskapital ist besonders hoch, wenn man als Person zwischen ansonsten unverbundenen Netzwerken die einzige Brücke bildet. Positionskapital hängt auch davon ab, was man selbst an ökonomischem und kulturellem Kapital (mit Bourdieu gesprochen) zu bieten hat.
  - 32 „Vertrauens-“ und „Verpflichtungskapital“ sind bei Esser jene Elemente des „Beziehungskapitals“, ohne die sich dessen Ressourcen nicht vollständig ausschöpfen lassen (vgl. Esser 2002, 250ff.). Zum Begriff des „Netzwerkopportunisten“ vgl. Boltanski/Chiapello (2003, 392), die sich hier ebenfalls auf die Theorie von Ronald Burt beziehen).
  - 33 Offe (2002, 254). In Interaktionen vermitteln wir Gründe, die andere dazu veranlassen zu vertrauen oder nicht zu vertrauen. Das impliziert eine Wahrhaftigkeit, mit der wir uns als die präsentieren, die wir sind und in Zukunft zu sein gedenken.
  - 34 Wichtig zu bemerken ist, dass das, was sich hier an Werten bildet, gesamtgesellschaftlich betrachtet keineswegs notwendig ein öffentliches Gut darstellen muss. Je nach Moral, die innerhalb des Netzwerks wirkt, kann sie im Gegenteil auch ein öffentliches Übel sein. Da hier ein empirisches Verständnis von Normen zugrunde gelegt wird, kann auch eine „Moral“ der Ganovenreihe oder eine fundamentalistische Moral terroristischer Vereinigungen in Frage kommen.
  - 35 Die scheinbar selbstverständliche Bezeichnung dieser Ebene als „gesamtgesellschaftlich“ mag fragwürdig erscheinen angesichts des Umstandes, dass der Nationalstaat als sozialer Referenzrahmen einer „Gesellschaft“ an Bedeutung verliert. Dass sie dennoch gewählt wurde, erklärt sich aus dem institutionentheoretischen Blickwinkel, der hier für eine Analyse der demokratietheoretischen Bedeutung von Sozialkapital angemahnt wurde (vgl. dazu ausführlicher Seubert 2007).
  - 36 Bei Putnam sind dies vorwiegend die Herausforderungen von Immigration und Multikulturalismus, mit denen sich moderne Gesellschaften konfrontiert sehen. Vgl. hierzu insbesondere die neueren Forschungen in Putnam (2007), in denen die Auswirkungen von ethnischer Diversität auf Prozesse der Sozialkapitalbildung thematisiert werden.

## LITERATURVERZEICHNIS

- Adloff, Frank/Steffen Mau* (2005). Zur Theorie der Gabe und Reziprozität, in: Frank *Adloff/Steffen Mau* (Hg.): Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität, Frankfurt a. M./New York, 9–57.
- Arrow, Kenneth* (1963). *Social Choice and Individual Values*, New York.
- Barry, Brian/Russel Hardin* (1982). *Rational Man and Irrational Society?*, Beverly Hills.
- Bayertz, Kurt* (1998). Begriff und Problem der Solidarität, in: Kurt *Bayertz* (Hg.): *Solidarität*, Frankfurt a. M., 11–54.
- Bobbio, Norberto* (1989). *Democracy and Dictatorship*, Cambridge.
- Boltanski, Luc/Eve Chiapello* (2003). *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre* (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard *Kreckel* (Hg.): *Soziale Ungleichheiten, Sozialen Welt, Sonderband 2*, Göttingen, 183–196.
- Bourdieu, Pierre* (1985). Sozialer Raum und „Klassen“. *Leçon sur la leçon. 2 Vorlesungen*, Frankfurt a. M.
- Bourdieu, Pierre* (1987). Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M.
- Bude, Heinz* (2008). *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft*, München.
- Bude, Heinz/Andreas Willisch* (2006). Das Problem der Exklusion, in: Heinz *Bude/Andreas Willisch* (Hg.): *Das Problem der Exklusion*, Hamburg, 7–26.
- Braun, Sebastian* (2001). Putnam, Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland, in: *Leviathan*, 3, 337–345.
- Braun, Sebastian* (2002). Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29–30, 6–12.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (Hg.) (2006). *Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004*.

- Chambers, Simone/Jeffrey Kopstein (2001). „Bad Civil Society“, in: *Political Theory*, Vol. 29(6), 838–866.
- Cohen, Jean (1999). Trust, voluntary association and workable democracy: the contemporary American discourse of civil society, in: Marc Warren (Hg.): *Democracy and Trust*, Cambridge, 208–248.
- Cohen, Jean (2003). Der amerikanische Diskurs der Zivilgesellschaft und seine Dilemmata, in: *Demokratische Zivilgesellschaft und Bürgertugenden in Ost und West*, Frankfurt a. M. u.a., 73–84.
- Coleman, James S. (1991). *Grundlagen der Sozialtheorie*, Bd. 1, München.
- Deutscher Bundestag (2002). Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen.
- Ehrenberg, John (2002). Equality, Democracy, and Community from Tocqueville to Putnam, in: Scott McLean/David A. Schultz/Manfred A. Steger (Hg.): *Social Capital. Critical Perspectives on Community and “Bowling Alone”*, New York/London, 50–73.
- Fried, Amy (2002). The Strange Disappearance of Alexis de Tocqueville in Putnam's Analysis of Social Capital, in: Scott McLean/David A. Schultz/Manfred A. Steger (Hg.): *Social Capital. Critical Perspectives on Community and “Bowling Alone”*, New York/London, 21–49.
- Esser, Hartmut (2000). *Soziologie*, Bd. 3: Soziales Handeln, Frankfurt a. M./New York.
- Esser, Hartmut (2002). *Soziologie*, Bd. 4: Opportunitäten und Restriktionen, Frankfurt a. M./New York.
- Fiegle, Thomas (2003). Von der Solidarité zur Solidarität: ein französisch-deutscher Begriffstransfer, Münster et al.
- Forst, Rainer (1994). Kontexte der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M.
- Forst, Rainer (1999). Praktische Vernunft und rechtfertigende Gründe. Zur Begründung der Moral, in: Stefan Gosepath (Hg.): *Motive, Gründe, Zwecke. Theorien praktischer Rationalität*, Frankfurt a. M., 168–208.
- Forst, Rainer (2007). Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M.
- Fraser, Nancy (2003). Anerkennung bis zur Unkenntlichkeit verzerrt, in: Nancy Fraser/Axel Honneth: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt a. M., 225–270.
- Fuchs, Dieter (2002). Das Konzept der politischen Kultur, in: Dieter Fuchs/Edeltraut Roller/Bernhard Wessels (Hg.): *Bürger und Demokratie in Ost und West*, Wiesbaden, 26–49.
- Fuchs, Dieter/Oscar W. Gabriel/Kerstin Völkl (2002). Vertrauen in politische Institutionen und politische Unterstützung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Vol. 31(4), 427–449.
- Gabriel, Oscar W./Volker Kunz (2002). Die Bedeutung des Sozialkapital-Ansatzes für die Erklärung politischen Vertrauens, in: Rainer Schmalz-Bruns/Reinhard Zintl (Hg.): *Politisches Vertrauen. Soziale Grundlagen reflexiver Kooperation*, Baden-Baden, 255–274.
- Habermas, Jürgen (1996). Kants Idee des ewigen Friedens – aus dem historischen Abstand von 200 Jahren, in: Jürgen Habermas: *Die Einbeziehung des Anderen. Studien zu Politischen Theorie*, Frankfurt a. M., 192–236.
- Haus, Michael (2003). *Kommunitarismus: Einführung und Analyse*, Wiesbaden.
- Häußermann, Hartmut (2006). Die Krise der „sozialen Stadt“. Warum der sozialräumliche Wandel der Städte eine eigenständige Ursache für Ausgrenzung ist, in: Heinz Bude/Andreas Willisich (Hg.): *Das Problem der Exklusion*, Hamburg, 294–313.
- Hooghe, Marc (2003). Voluntary Associations and Democratic Attitudes, in: Marc Hooghe/Dietlind Stolle (Hg.): *Generating Social Capital*, New York, 89–112.
- Honneth, Axel (1984). Die zerrissene Welt der symbolischen Formen. Zum kultursoziologischen Werk Pierre Bourdieus, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 36, 147–164.
- Honneth, Axel (1992). *Kampf um Anerkennung*, Frankfurt a. M.
- Honneth, Axel (2003). Umverteilung als Anerkennung, in: Nancy Fraser/Axel Honneth: *Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse*, Frankfurt a. M., 129–224.
- Kant, Immanuel [1795] (1984). *Zum ewigen Frieden*, Stuttgart.
- Kleger, Heinz (1994). Ziviler Ungehorsam, Zivilitätsdefizite und Zivilitätspotentiale. Oder: Was heißt Zivilgesellschaft?, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Vol. 7(1), 60–69.
- Lessenich, Stephan/Steffen Mau (2005). Reziprozität und Wohlfahrtsstaat, in: Frank Adloff/Steffen Mau (Hg.): *Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität*, Frankfurt a. M./New York, 257–276.
- Lessenich, Stephan/Frank Nullmeier (2006). Einleitung: Deutschland zwischen Einheit und Spaltung, in: Stephan Lessenich/Frank Nullmeier (Hg.): *Deutschland eine gespaltene Gesellschaft*, Frankfurt a. M./New York, 7–27.
- Lessenich, Stephan/Frank Nullmeier (Hg.) (2006a). *Deutschland eine gespaltene Gesellschaft*, Frankfurt a. M./New York
- Levi, Margaret (1996). Social and Unsocial Capital: A review essay of Robert Putnam's Making Democracy Work, in: *Politics and Society*, 24, 45–55.
- Lüdicke, Jörg/Martin Diwald (2007). Soziale Netzwerke und Soziale Ungleichheit. Zur Rolle von Sozialkapital in modernen Gesellschaften, Wiesbaden.
- Meyer, Thomas (2005). *Theorie der sozialen Demokratie*, Wiesbaden.

- Müller, Hans-Peter (1997). Sozialstruktur und Lebensstile: der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit, Frankfurt a. M.
- Newton, Kenneth (1999). Social capital and democracy in modern Europe, in: Jan van Deth/Marco Maraffi (Hg.): Social Capital and European Democracy, London/New York, 3–24.
- Norris, Pippa (2002). Democratic Phoenix: Reinventing Political Activism, Cambridge.
- Nullmeier, Frank (2002). Vergesst die Bürgergesellschaft?!, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Vol. 15(4), 13–19.
- Offe, Claus (1999). Sozialkapital. Begriffliche Probleme und Wirkungsweise, in: Ernst Kister (Hg.): Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts, Berlin, 113–128.
- Offe, Claus (2001). Wie können wir unseren Mitbürgern vertrauen?, in: Martin Hartmann/Claus Offe (Hg.): Vertrauen. Die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts, Frankfurt a. M., 241–294.
- Oorschoot, Wim van et al. (2006). Social Capital in Europe. Measurement and Social and Regional Distribution of a Multifaceted Phenomenon, in: Acta Sociologica, Vol. 49(2): 149–167.
- Pettit, Philip (1997). Republicanism. A Theory of Freedom and Government, Oxford.
- Pettit, Philip (1998). Republican Theory and Trust, in: Margret Levi/Valerie Braithwaite (Hg.): Trust and Governance, New York, 295–314.
- Putnam, Robert (1993). Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton.
- Putnam, Robert (1995). Bowling alone: America's declining social capital, in: Journal of Democracy, 6, 65–78.
- Putnam, Robert (2000). Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community, New York.
- Putnam, Robert (2002). Soziales Kapital in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA, in: Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, Opladen, 257–272.
- Putnam, Robert (2007). E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-first Century. The 2006 Johan Skytte Prize Lecture, in: Scandinavian Political Studies, Vol. 30 (2), 137–174.
- Rawls, John (1994). Der Vorrang des Rechts und die Idee des Guten, in: John Rawls: Die Idee des Politischen Liberalismus, Frankfurt a. M., 364–396.
- Rothstein, Bo (1998). Just Institutions Matter. The Moral and Political Logic of the Universal Welfare State, Cambridge.
- Rothstein, Bo/Dietlind Stolle (2003). Social Capital, Impartiality and the Welfare State: An Institutional Approach, in: Marc Hooghe/Dietlind Stolle (Hg.): Generating Social Capital, New York, 191–210.
- Schuppert, Gunnar Folke (2002). Aktivierender Staat und Zivilgesellschaft – Versuch einer Verhältnisbestimmung, in: Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, Opladen, 185–207.
- Seubert, Sandra (2004). Gemeinwohl, in: Gerhard Göhler/Mathias Iser/Ina Kerner (Hg.): Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung, Wiesbaden, 101–118.
- Seubert, Sandra (2007). Krise oder Chance gesellschaftlicher Integration? Eine demokratietheoretische Analyse des Konzepts des Sozialkapitals, Manuskript.
- Skocpol, Theda (2001). Das bürgerschaftliche Amerika – gestern und heute, in: Robert Putnam (Hg.): Gesellschaft und Gemeinsinn, Gütersloh, 538–654.
- Taylor, Charles (1991). Die Beschwörung der Civil Society, in: Krzysztof Michalski (Hg.): Europa und die Civil Society, Stuttgart, 52–84.
- Wildt, Andreas (1996). Solidarität, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer (Hg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 9, Darmstadt, 1004–1115.
- Warren, Mark E. (2001). Democracy and Association, Princeton/N.J.
- Warren, Mark E. (1999). Democratic Theory and Trust, in: Mark E. Warren (Hg.): Democracy and Trust, Cambridge, 310–345.

#### AUTORIN

Sandra SEUBERT, Privatdozentin an der Universität Potsdam, z.Z. Vertretung einer Professur für Politische Theorie an der Goethe-Universität Frankfurt a. M. Forschungsschwerpunkte: Demokratietheorie, aktuelle politische Philosophie, politische Ideengeschichte.

Korrespondenzadresse: Johann Wolfgang Goethe-Universität, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Robert-Mayer-Str. 5, 60054 Frankfurt a. M.

E-Mail: seubert@soz.uni-frankfurt.de